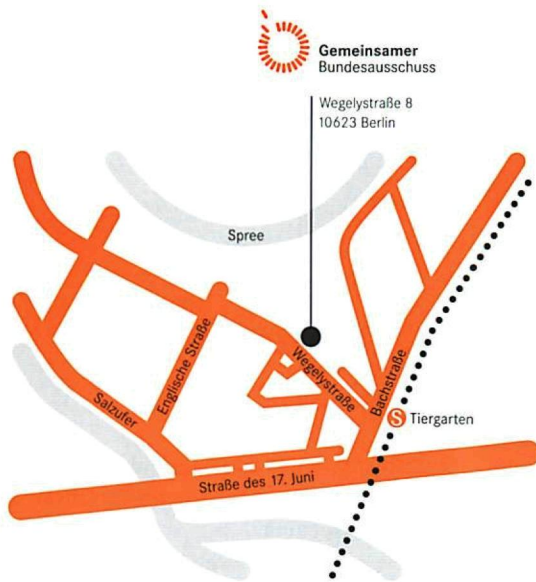


Veranstaltungsort



Anmeldemodalitäten

Für dieses Symposium erheben wir eine Schutzgebühr von 60,00 Euro.

Bitte melden Sie sich verbindlich an:

bevorzugt online unter: www.kmb-lentzsch.de
per E-Mail: info@kmb-lentzsch.de
per Antwortfax: +49 (0) 6172/6796-26



Die Veranstaltung ist auf das Modul I des Fortbildungszertifikats der Bundesrechtsanwaltskammer anrechenbar.



**Gemeinsamer
Bundesausschuss**

Postanschrift:
Wegelystraße 8, 10623 Berlin

Telefon:
+49 (0) 30/275838-0

Telefax:
+49 (0) 30/275838-105

E-Mail:
info@g-ba.de

Internet:
www.g-ba.de

**Bei Rückfragen zur Anmeldung wenden
Sie sich bitte an:**

Kongress- und MesseBüro Lentzsch GmbH
Gartenstraße 29, 61352 Bad Homburg

Ansprechpartnerin:
Veronika Ullisch, Telefon: +49 (0) 6172/6796-14



**Gemeinsamer
Bundesausschuss**

Begründungspflichten des Gemeinsamen Bundesausschusses Rechtssymposium am 16. Januar 2013 in Berlin



Sehr geehrte Damen und Herren,

das schlicht klingende Thema „Begründungspflichten“ hat für untergesetzliche Normgeber wie den Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) eine hohe rechtliche Brisanz. Genügt er seinen Begründungspflichten nicht, droht ihm die Aufhebung seiner Norm aufgrund eines Verfahrensfehlers. Setzt er sich mit jedem auch nur theoretisch denkbaren Einwand gegen seine Entscheidungen inhaltlich vertieft und dokumentiert auseinander, führt dies zu einer deutlichen Verfahrensverlängerung.

Ein Thema also, das in die Grenzbereiche zwischen Transparenz und Effizienz von Normgebung führt. Und ein Thema, das alt und zugleich ungemein aktuell ist. Dies zeigt die vom Bundesverfassungsgericht angestoßene Debatte zur Nachvollziehbarkeit von Normgebung – beispielsweise bei der letztjährigen Tagung der Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer.

Das Symposium wird die verschiedenen Facetten des Themas beleuchten. In den Referaten werden die verfassungsrechtlichen Anforderungen unter die Lupe genommen, die Parallelen zum Verwaltungsrecht gezogen und die sozialrechtlichen Bestimmungen herausgearbeitet. Darüber hinaus wird die Frage beantwortet werden, ob die evidenzbasierte Medizin Begründungsstandards verlangt und welche Konsequenzen bei Begründungsmängeln zu ziehen sind. Die Referate werden durch Standpunkte der Träger des Gemeinsamen Bundesausschusses und der Patientenvertretung kommentiert und regen auch dadurch zu einer hoffentlich kontroversen Publikumsdiskussion an.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.



Josef Hecken

unparteiischer Vorsitzender des Gemeinsamen Bundesausschusses

Programm

10.00 – 10.15	Begrüßung und Einführung in das Thema <i>Josef Hecken, unparteiischer Vorsitzender des Gemeinsamen Bundesausschusses</i>
10.15 – 10.45	Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Begründung von untergesetzlichen Rechtsnormen <i>Prof. em. Dr. jur. Udo Steiner, Bundesverfassungsrichter a. D.</i>
10.45 – 11.15	Begründungspflichten untergesetzlicher Normgeber im Lichte der verwaltungsrechtlichen Rechtsprechung <i>Prof. Dr. jur. Christian Waldhoff, Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Finanzrecht an der Humboldt-Universität, Berlin</i>
11.15 – 12.00	Standpunkte <i>Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung – Christian Nobmann, stv. Leiter der Abteilung Koordination G-BA</i> <i>Patientenvertretung – Sabine Häfner, Stabsstelle Patientenbeteiligung, G-BA</i> <i>Kassenärztliche Bundesvereinigung – Dr. jur. Thomas Rompf, Leiter der Rechtsabteilung</i>
12.00 – 12.30	Diskussions- und Fragerunde <i>Moderation: Dr. jur. Dominik Roters, stv. Geschäftsführer und Leiter der Rechtsabteilung des G-BA</i>
12.30 – 13.30	Mittagspause

13.30 – 14.00	Brauchen Gesundheitssysteme eine evidenzbasierte Normgebung? <i>Prof. Dr. med. Dr. phil. Hans-Heinrich Raspe, Seniorprofessur, Universität zu Lübeck, Professur für Bevölkerungsmedizin</i>
14.00 – 14.30	Begründungspflichten des G-BA im Licht des SGB V <i>Prof. Dr. jur. Peter Axer, Lehrstuhl für Sozialrecht in Verbindung mit dem Öffentlichen Recht, Universität Heidelberg</i>
14.30 – 15.00	Kaffeepause
15.00 – 15.30	Rechtsfolgen von Begründungsmängeln und sonstigen Fehlern im Verfahren der Normsetzung <i>Dr. jur. Miriam Hannes, Richterin am Sozialgericht Hamburg</i>
15.30 – 16.00	Standpunkte <i>GKV-Spitzenverband – Petra Kraftberger, Justiziarin</i> <i>Deutsche Krankenhausgesellschaft – Andreas Wagener, stv. Hauptgeschäftsführer</i>
16.00 – 16.30	Fragen- und Diskussionsrunde <i>Moderation: Josef Hecken</i>
16.30 – 17.00	Zusammenfassung/Fazit <i>Josef Hecken</i>

Ende ca. 17.00 Uhr